

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0229) 21 9039/39  
Telefax: 588 848 ppbn d  
Telefax: 21 08 54

## Inhalt

Willi Rothley MdEP empfiehlt den Staaten Osteuropas einen Beitritt zur EFTA, die wiederum einen allgemeinen Assoziierungsvertrag mit der EG abschließen sollte.

Seite 1

Dieter Schanz MdB fordert auf, angesichts der bürgerkriegsähnlichen Zustände in Kambodscha den friedenspolitischen Dialog wiederzubeleben.

Seite 3

Horst Niggemeier MdB empfiehlt Städten und Gemeinden in der Bundesrepublik, bis zu den Wahlen in der DDR Zurückhaltung beim Bemühen um Partnerschaften zu DDR-Kommunen: Die SED-Bonzen nicht aufwarten!

Seite 4

45. Jahrgang / 5

8. Januar 1990

Osteuropa und die EG

Auf dem Umweg über die EFTA zur Gemeinschaft

Von Willi Rothley MdEP

Das Jahr 1989 brachte dramatische Veränderungen in Osteuropa, die zur Auflösung des früheren Ostblocks geführt haben. Diese Entwicklung wird auf Westeuropa nicht ohne Auswirkungen bleiben. Es entsteht deshalb die Frage, was für ein Europa in einer sich verändernden Welt entstehen kann, wenn die verkrusteten Strukturen der letzten Jahrzehnte aufbrechen und nach neuen Wegen gesucht werden muß. Eines ist aber jetzt schon klar: Je überzeugender es gelingt, die europäische Komponente dieser Entwicklung zu bestimmen, um so wirksamer können die nationalistischen Gefahren gebannt werden, die in mehr als einem Land mit diesem Prozeß verbunden sind.

Die EG hat sich gegenüber den Veränderungen in Osteuropa als äußerst stabiler Faktor erwiesen. Deshalb konnte die Auflösung des bisherigen Vorfeldes der Sowjetunion nicht auf Westeuropa übergreifen. Gleichzeitig war die EG dadurch in der Lage, auf diese Vorgänge gestaltend und friedensstiftend einzuwirken. Die 1987 von der EG eröffnete Vertragspolitik gegenüber den Staaten des früheren Ostblocks ließ ihr schon im Sommer auf dem Pariser Weltwirtschaftsgipfel die führende Rolle zur Koordinierung westlicher Hilfe für Polen und Ungarn zufallen. Diese soll jetzt auf die DDR, die ČSSR und sicherlich Rumänien sowie auf das blockfreie Jugoslawien ausgedehnt werden.

Derzeit wünscht die Mehrheit der EG-Partner keine Erweiterung der Gemeinschaft. Objektiv würde die EG durch den Beitritt neuer Mitgliedstaaten in ihrer Entscheidungsfähigkeit beeinträchtigt. Solange deshalb das Beziehungsgeflecht von Kommission, Ministerrat und Europäischem Parlament nicht reformiert ist, wird es kein neues Mitglied geben. Bis zu dieser längst überfälligen demokratischen Reform, die in jedem Fall in den frühen neunziger Jahren stattfinden muß, kann es gegenüber den Staaten Osteuropas nur eine Vertragspolitik geben, die zu deren gefächerter wirtschaftlichen Assoziierung führt. Darüber hinaus bietet sich deren Eintritt in die EFTA an.

Der EG und der EFTA liegen unterschiedliche Konzeptionen für die Gestaltung Europas zugrunde. Die EG hat von Beginn an über

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreuzträger Umwelt  
mit dem alten Botschaft  
Recycling-Papier



die Zollunion mit Freihandel im Inneren und gemeinsamen Außenzoll hinaus vor allem die politische Integration ihrer Mitgliedstaaten angestrebt. Unter der Führung Großbritanniens - inzwischen selbst Mitglied der EG - wollte die im Jahre 1960 gegründete EFTA sich dagegen auf eine lose Form einer europäischen Freihandelszone mit individuellen Außenzöllen beschränken.

Seit einigen Jahren versuchen die EG und die EFTA in zahlreichen Bereichen eine Als-ob-Strategie zu entwickeln, das heißt in unstrittigen Fragen Bedingungen zu schaffen, als ob EG und EFTA einen einheitlichen Block bilden würden. Mit der Luxemburger Ministererklärung der EG- und EFTA-Länder vom April 1984 haben die Beziehungen zwischen der EG und der EFTA durch Verlautbarungen eines gemeinsamen Willens zur Verwirklichung eines homogenen und dynamischen westeuropäischen Wirtschaftsraumes (EWR) eine qualitative Aufwertung erfahren. Das multilaterale Beziehungsfeld zwischen der EG und der EFTA umfaßt heute eine breite Palette von Sachthemen, die von der Umweltschutzpolitik bis zu den Finanzmärkten reichen.

Zweifelsohne sind die Länder der EFTA durch das Programm der Vollendung des EG-Binnenmarktes unter starken Druck geraten. Schon jetzt bleibt ihnen in der Regel nichts anderes übrig, als ihr nationales Recht an EG-Recht anzupassen. Deshalb wird in vielen Ländern der EFTA lebhaft darüber diskutiert, der EG beizutreten. Für sie muß es - zumindest im Grundsatz - möglich sein, Mitglied der EG zu werden. Das gleiche Recht muß innerhalb eines weiteren Zeitraumes auch den Ländern des früheren Ostblocks eingeräumt werden.

Bis zu möglichen Beitritten bleibt jedoch nur das Instrument des Assoziierungsvertrags. Es wäre deshalb sinnvoll, daß die Länder des früheren Ostblocks der EFTA beitreten und es zu einem allgemeinen Assoziierungsvertrag zwischen der EFTA und der EG käme. Innerhalb dieses Zusammenwachsens in Europa, wozu der Europarat noch in ganz anderen politischen Bereichen beitragen kann, wäre auch der Sonderfall des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten erfolversprechend einzubetten.

Wie auch immer sich die Beziehung zwischen der EG, der EFTA und den Staaten des früheren Ostblocks entwickeln wird, das Problem der nationalen Souveränität der Staaten, die nicht Mitglied der EG sind, wird sich immer mehr herauschälen. Schon jetzt sind die EFTA-Länder, um den Schein nationaler Souveränität zu wahren, gezwungen, sich freiwillig der Gesetzgebung der EG anzupassen, ohne an dieser „Bündelung von Souveränitätsrechten“ (Jacques Delors) in den EG-Institutionen teilzunehmen. Das gleiche Problem kommt sicherlich auch auf die wirtschaftlich viel schwächeren Länder des früheren Ostblocks zu.

Zweifelsohne muß eine zukunftsweisende Politik von supranationalem Charakter sein. Deshalb wird man auch der EG das Recht, ihren internen Ausbau zügig voranzutreiben, nicht absprechen können. Sie wird aber in jedem Fall gut daran tun, den entstehenden Ängsten in anderen Ländern Europas vor ihrer wirtschaftlichen und politischen Potenz durch eine kluge Politik entgegenzuwirken.

((-/8.1.1990/va-he/hgs)

\* \* \*

Sorgen um Kambodscha

Der friedenspolitische Dialog muß wiederbelebt werden

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die ausgebliebene internationale politische Lösung der Kambodscha-Frage konnte nicht ohne Folgen bleiben. Die zu befürchtenden bürgerkriegsähnlichen Zustände sind nunmehr eingetreten.

Die Roten Khmer-Rebellen und die militärische Vereinigung um den Prinzen Sihanouk gehen in massiver Weise gegen die Hun-Sen-Regierung vor. Die Roten Khmer haben strategisch wichtige Punkte angegriffen. Nach ihrer eigenen Einschätzung halten sie einen Sieg über die Regierungstruppen für möglich. Das Ziel der Khmer-Befreiungsfront und der Nationalen Armee des Prinzen Sihanouk ist ein militärisch erzwungener Kompromiß, wonach die provietnamesische Hun Sen-Regierung und die Rebellen eine Regierungskoalition bilden sollen. Eine Beteiligung der Roten Khmer an einer kambodschanischen Regierung kann und darf in Anbetracht der historischen Erfahrungen mit dem Pol-Pot-Regime von Ministerpräsident Hun Sen nicht akzeptiert werden.

Internationale Beobachter sehen die Roten Khmer als stärkste militärische Gruppe und befürchten, daß für den Fall eines militärischen Sieges der Rebellen die Möglichkeit der ungeteilten Herrschaft der Roten Khmer besteht.

Diese Einschätzungen sind sehr besorgniserregend. Der Friedensprozeß ist unterbrochen. Das kambodschanische Volk ist erneut Opfer, da zum einen die kriegerischen Auseinandersetzungen ihr Leben bedrohen und zum anderen die Regierung Hun Sen derart in die militärischen Auseinandersetzungen eingebunden ist, daß sie wesentliche wirtschaftliche und soziale Maßnahmen nicht ergreifen kann. Auch die kambodschanische Außenpolitik kann nicht entsprechend den Erfordernissen gestaltet werden, um bei der internationalen Staatengemeinschaft die dringend erforderliche Unterstützung zu erreichen.

Um so mehr ist das internationale Umfeld gefordert, den friedenspolitischen Dialog in Kambodscha wiederzubeleben. Dies muß einhergehen mit entsprechenden entwicklungspolitischen Anstrengungen.

Hier ist auch in besonderem Maße die Bundesregierung gefordert, unter anderem ihren Einfluß in Europa zu nutzen, die wirtschaftliche entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Kambodscha einzuleiten.

(-/8.1.1990/va-ha/hgs)

\* \* \*

45. Jahrgang / 5 / 8. Januar 1990

DDR: Patenschaften und ihre Kehrseiten

Bis zu den Wahlen sollten sich Städte und Gemeinden Zurückhaltung auferlegen

Von Horst Niggemeier MdB

Bürgermeister der Stadt Datteln

Mitglied des Bundestageausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die kommunistische SED mit dem ermaßenden Namenszusatz „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) ist kräftig dabei, ihre Machtstrukturen von der Regierungszentrale bis hin in die letzten DDR-Gemeinden zu konservieren. Schon drohen die ehemaligen lokalen Stasi-Chefs den demokratischen Reformkräften mit dem Hinweis, daß ihre Namen bekannt seien und schon bald mit ihnen „abgerechnet“ würde.

Die SED operiert an allen Orten mit allen Tricks, Listen und Kniffen (frei nach Lenin), um die sich entwickelnde Opposition von weiteren Aktivitäten abzuhalten und auch abzuschrecken. Die Verweigerung der materiellen Chancengleichheit und die verbalen Eiertänze des SED-Regierungschefs Modrow über dieses Problem sind dabei nur ein Teil der massiven SED-Kampagne gegen die demokratischen Reformkräfte in der DDR. In dieser Situation muß sich für alle Demokraten in der Bundesrepublik die Frage stellen, wie den demokratischen Reformkräften in der DDR geholfen und eine politische Aufwertung der SED durch unbedachtes Handeln bundesdeutscher Politiker vermieden werden kann. Eine bedenkliche Entwicklung ist hierbei im Hinblick auf die Begründung von Städtepartnerschaften zu beobachten.

Bundesdeutsche Bürgermeister aller Parteien antichambrieren zur Zeit bei den SED-Bürgermeistern in den DDR-Gemeinden, um Städtepartnerschaften zu begründen. Bei solchen Aktivitäten spielen die demokratischen Reformkräfte, die sich vor Ort im Kampf gegen die übermächtige SED befinden, so gut wie keine Rolle oder sie sind bestenfalls also beobachtende Randfiguren von der SED gönnerhaft als Staffage zugelassen. Die örtlichen SED-Bonzen aber erfahren eine sehr willkommene politische Aufwertung, zumal sie das auch noch über ihr Zeitungs- und Medienmonopol in ihrem Sinne steuern können - und dies auch tun! In Gesprächen mit den beiden Kirchen und den Oppositionsgruppen vor Ort wird immer wieder betont, daß dieses bundesdeutsche „Windhundrennen“ um Städtepartnerschaften letztlich ein Schlag ins Gesicht der um ihre Anerkennung kämpfenden demokratischen Reformkräfte ist; man wünscht sich da mehr politische Sensibilität. Eine Möglichkeit, sich der SED zu verweigern und sich den demokratischen Reformkräften zu öffnen und Hilfe zu leisten, besteht darin, Freundschaftsverträge mit den jeweiligen Oppositionsgruppen vor Ort abzuschließen.

Die Stadt Datteln hat jetzt diesen Weg in Gesprächen mit den demokratischen Reformkräften in der DDR-Stadt Genthin (Bezirk Magdeburg) beschritten. Nachfolgend wird dieser „Freundschaftsvertrag“, der von Repräsentanten der evangelischen und katholischen Kirche sowie dem „Neuen Forum“ und der SDP mitgetragen wird, im Wortlaut dokumentiert: „Zwischen den demokratischen Reformkräften in Genthin/DDR und der Stadt Datteln wird nachfolgender FREUNDSCHAFTSVERTRAG vereinbart: Die DDR befindet sich in einer Phase der gesellschaftlichen Umgestaltung und politischen Erneuerung. Der bisherige alleinige Führungsanspruch der kommunistischen Staatspartei soll abgelöst werden durch eine pluralistische Parteienstruktur in der sich die politische Verantwortung aus freien, geheimen und gleichen Wahlen auf allen Ebenen des Staates ergibt. Dieser gesellschaftliche und politische Erneuerungsprozeß und die damit verbundene Entwicklung der DDR zu einem demokratischen Rechtsstaat kann nur gelingen, wenn den demokratischen Reformkräften in der DDR eine allumfassende materielle Chancengleichheit in der politischen Auseinandersetzung eingeräumt wird. Die immer noch bestehenden erheblichen materiellen Ungleichgewichte zu Lasten der demokratischen Reformkräfte und zum Vorteil der bisherigen kommunistischen Staatspartei stehen einer demokratischen Entwicklung nach wie vor entgegen.

Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, die demokratischen Reformkräfte zu unterstützen, damit ihr Kampf für eine freiheitliche demokratische Rechtsordnung Erfolg hat. Diesen politischen und gesellschaftlichen Reformzielen fühlen sich die Unterzeichner aus den Städten Genthin und Datteln verpflichtet; sie vereinbaren deshalb diesen Freundschaftsvertrag. Auf der Grundlage dieses Freundschaftsvertrages verpflichten sich die Unterzeichner aus beiden Städten sich für umfassende bürger-schaftliche Kontakte und Begegnungen in allen Lebensbereichen und auf allen Ebenen einzusetzen.

Die Unterzeichner vereinbaren schon jetzt, nach Durchführung freier, gleicher und geheimer Wahlen auf kommunaler Ebene diesen Freundschaftsvertrag zu einer kommunalen Partnerschaft weiterzuentwickeln.“

(-/8.1.1990/hgs/fr)

\* \* \*